

Göring-Eckardt offen für Streckbetrieb von Atomkraftwerken

Stand: 09:13 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken schließt Katrin Göring-Eckardt (Grüne) weiter aus – einen Streckbetrieb über das Jahresende hinaus dagegen nicht mehr. Auch SPD-Chefin Saskia Esken zeigt sich in der Debatte offen – obwohl sie sich erst kürzlich noch ganz anders geäußert hatte.

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) schließt einen sogenannten Streckbetrieb von Atomkraftwerken in Deutschland über das Jahresende hinaus nicht aus. Auf die Frage, ob die Grünen einen Streckbetrieb der Meiler zulassen würden, sagte sie am Sonntagabend in der ARD-Sendung „Anne Will“: „Wenn es dazu kommt, dass wir eine wirkliche Notsituation (</wirtschaft/article240094521/Gasmangel-Europas-Notfallplan-steht-vor-dem-Aus.html>) haben, dass Krankenhäuser nicht mehr arbeiten können, wenn eine solche Notsituation eintritt, dann müssen wir darüber reden, was mit den Brennstäben ist.“

Zugleich machte sie klar: „Eine Laufzeitverlängerung wird es nicht geben.“ Es gebe aber ein „Sonderproblem“ in Bayern. Die Frage sei, wie man damit umgehe. „Dieses Sonderproblem kann heißen, dass diese Brennstäbe nur ausgebrannt werden müssen, damit man in Bayern über die Runden kommt.“ Aber „über die Runden kommen“ heiße nicht, dass man so weitermachen könne wie in der Vergangenheit, betonte sie.

In Bayern wird befürchtet, dass dort die Elektrizitätsversorgung bei einer Gasnotlage ohne Atomkraft nicht gesichert sein könnte. Die drei verbliebenen deutschen Kernkraftwerke Neckarwestheim 2, Emsland und Isar 2 müssen nach geltendem Recht spätestens am 31. Dezember abgeschaltet werden. Ein Streckbetrieb gilt als nicht einfach: Die Bundesministerien für Umwelt und Wirtschaft waren in einer Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass die drei Meiler mit den vorhandenen Brennstäben nach dem 31. Dezember nur dann weiterlaufen könnten, wenn ihre Stromerzeugung vorher gedrosselt würde.

Esken: „Wir sind an der Stelle nicht ideologisch unterwegs“

Göring-Eckardt verwies darauf, dass Deutschland im Moment Strom nach Frankreich exportiere. Dort könnten die Atomkraftwerke nicht mehr arbeiten, weil sie nicht

heruntergekühlt werden könnten. „Die Atomkraft, das muss man einfach noch mal klar sagen, ist eine wahnsinnig gefährliche Technologie in unterschiedlicher Weise.“

SPD-Chefin Saskia Esken betont in der Debatte um eine Laufzeitverlängerung derweil eine sachliche Herangehensweise. „Wir sind an der Stelle nicht ideologisch unterwegs“, sagte Esken am Montag im ZDF-„Morgenmagazin“. „Aber ganz klar ist auch: Alle Argumente, die bisher gegen die Atomkraft gesprochen haben und die dazu geführt haben, dass wir den Ausstieg beschlossen haben (...), die gelten ja weiterhin.“ Es sei immer noch keine Lösung gefunden für die Endlagerung des Atommülls, „und viele andere Fragen sind auch nicht geklärt“.

Esken verwies auf den angekündigten neuen Stresstest zur Sicherheit der Stromversorgung: „Das Wirtschaftsministerium als Teil der Bundesregierung hat ja schon zu Beginn des Jahres eine Abschätzung dazu vorgenommen und wird jetzt nochmals prüfen, inwieweit Streckbetriebe und ähnliches, was da vorgeschlagen wird, hilfreich sein können.“ Mitte Juli hatte Esken längere Laufzeiten für Atommeiler „komplett unsinnig (</politik/deutschland/article239891221/Debatte-um-Nuklearenergie-Esken-nennt-laengere-Laufzeiten-fuer-Atommeiler-komplett-unsinnig.html>)“ genannt. Atomkraft sei „unwirtschaftlich, hoch gefährlich und hat keine Zukunft“.

Die Union fordert währenddessen eine schnelle Entscheidung der Ampel-Koalition gefordert. Der erste parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), sagte der „Bild“ (<https://www.bild.de/politik/2022/politik/mehr-schulden-mehr-arbeiten-mehr-verzicht-kommen-wir-so-durch-die-krise-80802746.bild.html>)“-Zeitung, es müsse jetzt zügig gehen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) müsse alles tun, um die Energielücke im nächsten Winter zu schließen. Dazu gehöre neben Energiesparen vor allem das Heben des Biogasdeckels und längere Akw-Laufzeiten.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240099753>